

wird — heute die Urtheilssällung stattgefunden. Ronay wurde des Verbrechens des Diebstahls schuldig gesprochen und zu einem Jahre und sechs Monaten Kerker verurtheilt; seine Frau wurde freigesprochen. Der Staatsanwalt sowohl als der Verurtheilte appellirten.

Der Kapitalist. Mittleuropäischer Wirthschaftsverband.

— Zweiter Konferenztag. —

Die Berathungen des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirthschaftsverbandes wurden gestern unter reger Betheiligung fortgesetzt und beendet. Gegenstand der Erörterung bildeten verschiedene Fragen der Uebergangswirthschaft. Die Ausführungen des österreichischen Referenten Dr. Friedrich Herz und des ungarischen Referenten Dr. Friedrich v. Fellner wurden mit großem Interesse aufgenommen. Einen breiten Raum der Erörterung nahm die Valutafrage in Anspruch, wobei es zu interessanten Kundgebungen kam. Die Berathungen nahmen folgenden Verlauf:

Den Vorsitz führten abwechselnd Dr. Baron Julius Madarassy-Deö und Geheimer Regierungsrath Dr. Paasche. Zunächst kam der österreichische Referent Dr. Friedrich Herz zu Worte, der u. A. ausführte, daß die natürliche Interessenverknüpfung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands bereits im Frieden zu einer ziemlich weitgehenden Uebereinstimmung ihrer wirtschaftlichen Gesetzgebung geführt hat, dies ist daher auch für die Uebergangszeit nach dem Kriege anzustreben, wobei auch noch eine gegenseitige Förderung und Aushilfe platzgreifen kann. Die wichtigste Frage der Rohstoffbeschaffung muß auf prinzipiell übereinstimmender Grundlage gelöst werden. Eine Monopolisirung der Rohstoffzufuhr würde auch ein Weiterbestehen der ganzen Zwangswirthschaft im Inlande bedingen, was im Frieden doch nicht ohne Mißstimmung möglich wäre.

Hierauf folgte das Referat des ungarischen Berichterstatters, des a. o. Universitätsprofessors, Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften Dr. Friedrich v. Fellner. Die Ueberführung der Volkswirthschaft aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand ist, wie Redner ausführt, je nach Ländern nicht von gleicher Bedeutung. In Ungarn, wo von der nationalen Produktion 64.4 Prozent auf die Urproduktion entfallen, kann die Produktionsthätigkeit nach dem Kriege leichter und in größeren Dimensionen ohne jedes staatliche Eingreifen aufgenommen werden, als in einem Industriestaate, wo mit der nationalen Produktion größtentheils nur nach vorheriger Sicherung der Rohstoffe und Halbfabrikate begonnen werden kann. Bei der Regelung der Uebergangswirthschaft soll als Grundprinzip dienen, daß das staatliche Eingreifen innerhalb je engerer Grenzen bleibe. Die Kriegszwangsorganisationen sind ehestens aufzuheben.

Die Herstellung der Währung ist von dringendstem Interesse. Die Sicherung der Werthbeständigkeit der Krone hängt mit der Besserung der internationalen Zahlungsbilanz zusammen, doch wird diese nicht von staatlichen, sondern von wirtschaftlichen Gesetzen geregelt. Die Idee, daß die Monarchie und das Deutsche Reich vertragsmäßig die Relation zwischen Mark und Krone sichern sollen, ist durchführbar. Die Verschuldung der Monarchie gegenüber dem Deutschen Reiche hat sich seit dem Kriege wesentlich erhöht. Es steht also außer Zweifel, daß ein solcher Währungsvertrag für die Monarchie von Vortheil wäre, da sie ihre Markverbindlichkeiten ohne Disagio decken könnte. Sämmtliche Forderungen und Verbindlichkeiten der drei Staaten gegenüber den übrigen fremden Staaten würden Elemente einer einheitlichen internationalen Zahlungsbilanz bilden, was dem Kronenkurs zustatten käme. Es würde aber vorzüglich die Aufgabe Deutschlands bilden, die internationale Werthbeständigkeit der Mark und der Krone zu sichern. Das Referat Dr. Fellner's begegnete lebhaftem Beifall.

Präsident Dr. Paasche unterbreitet sodann folgende Resolution:

„Im Sinne der von den drei Wirthschaftsverbänden Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns wiederholt und einmützig gefaßten Beschlüsse betreffend das Wirthschaftsbündniß und die gemeinsame Handels- und Verkehrspolitik, sowie die Rechtsannäherung erachten es die heute in Budapest versammelten Vertreter der drei Wirthschaftsverbände als geboten, auch die wichtigsten Fragen der Uebergangswirthschaft in Uebereinstimmung und unter gegenseitiger Förderung zur Lösung bringen. Die zur Erledigung berufenen staatlichen Stellen der Mittelmächte sollen daher stets im Einvernehmen vorgehen und alle wichtigeren Fragen der Uebergangswirthschaft unter steter gegenseitiger Unterstützung lösen. Da der freie Unternehmungsgeist der entscheidende Faktor des Wiederaufbaues der Wirthschaft sein muß, soll staatliches Eingreifen nur dort erfolgen, wo zwingende Rücksichten, insbesondere die Förderung der wirtschaftlich schwächeren Elemente ergänzende staatliche Vorsorge rechtfertigen.“

In der hierauf eröffneten Diskussion sprach zunächst Reichsrathsabgeordneter Barrath Petrus,